



Februar 2011

## Schuldenbremse ? Blankoscheck für Sozialkahlschlag !!!

"Schluss mit dem Schuldenmachen!" sagen **CDU, SPD, FDP und Grüne** und wollen dies am 27. März bei den Kommunalwahlen in einer **Volksabstimmung** absegnen lassen.

### Wer profitiert von der Staatsverschuldung?

**Hunderte Milliarden** Steuergelder wurden für "**alternativlose**" **Bankenrettung** bereitgestellt. Die Großbanken kamen mit einem winzigen Eigenbeitrag davon und melden – so die Deutsche Bank stolz – erneut **Riesenprofite**.

Auf **50 Milliarden jährlich** belaufen sich mittlerweile die **Steuergeschenke** der verschiedenen Regierungskoalitionen seit 1998 an **Großunternehmen und Wohlhabende**.

### Was tut die Regierung gegen die Verschuldung?

Verbietet sie **spekulative Bankengeschäfte** und zieht damit die Lehren aus der Finanzkrise? – **NEIN!**

Derzeit steht die Deutsche Bank vor Gericht, weil sie Riesengeschäfte gemacht hat, indem sie u.a. Städten hochriskante Zinswetten aufgeschwätzt hat; Leipzig, Berlin sollen dabei Hunderte Millionen Euro verloren haben.

Besteuert sie den Kauf von Wertpapieren mit einer **Finanztransaktionssteuer**? – **NEIN!**

Läppische 0,05 Prozent Steuern würden jährlich 30 Milliarden an Einnahmen bringen.

Macht sie **Steuergeschenke** ans Hotelgewerbe rückgängig? – **NEIN!**

Erhebt sie eine **Reichensteuer**? – **NEIN!**

Millionäre zahlen einen geringeren Prozentsatz an Steuern als Angestellte.

### Wer bezahlt?

Die eigentlichen **Staatsausgaben** sind seit Jahren **gesunken**. Der Staat hat sich arm gemacht fürs Kapital. In Bund, Land, Städten und Gemeinden: **überall wird gekürzt und eingespart, was das Zeug hält**. Die Kürzungsorgien treffen die Masse der Bevölkerung.

**Generationengerechtigkeit:** Heute machen CDU, SPD, FDP und Grüne Schulden in nie gekannter Größenordnung, den künftigen Generationen wollen sie den Gestaltungsspielraum nehmen. Ist das eine Politik für kommende Generationen?

Können wir es uns leisten,

- auch nur ein Kind zurückzulassen,
- Jugendliche ohne Ausbildung ins Leben zu entlassen,
- Straßen und Gebäude nicht zu sanieren,
- den ökologischen und energetischen Umbau zu verschleppen,
- Daseinsvorsorge weiter zu privatisieren?

### Warum wollen Politiker eine Schuldenbremse?

Sie wollen nach den Wahlen dreist behaupten: "Was wir vor den Wahlen versprochen haben und wofür ihr uns gewählt habt, können wir leider leider nicht halten; die Bevölkerung wollte ja eine Schuldenbremse in der hessischen Verfassung."

Ein Überschuldungsverbot gibt es schon längst – genutzt hat es nichts. Und wenn die nächste Finanzkrise wieder eine Bank oder einen wichtigen Industriezweig ins Wanken bringt, wird sich auch wieder ein Schlupfloch finden –Wetten?

Zustimmung zur Schuldenbremse heißt **Zustimmung zu dieser Politik**, die Reiche reicher macht, die Kosten auf die Bevölkerung abwälzt und die Gesellschaft immer mehr spaltet.

Deshalb am 27. März:

**NEIN zur Schuldenbremse in der hessischen Verfassung!**